

Köln, 19.10.2026

Stellungnahme

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e. V.

zu Streichungen und Kürzungen der psychosozialen queeren Infrastruktur in Deutschland

Die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF e. V.) ist ein interdisziplinärer Fachverband mit über 11.000 Mitgliedern. Sie vernetzt systemisch arbeitende Fachkräfte und Institutionen aus Jugendhilfe und Sozialer Arbeit, dem Gesundheitswesen sowie der Organisationsentwicklung, Supervision und dem Coaching.

Die DGSF nimmt die angekündigten und bereits umgesetzten Kürzungen im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsbereich mit großer Sorge zur Kenntnis. Als systemischer Fachverband weist sie darauf hin, dass Einschnitte in der sozialen Infrastruktur nicht isoliert betrachtet werden können. Sie wirken auf Individuen, Familien, soziale Netzwerke, Organisationen und kommunale Versorgungssysteme zugleich. Was haushaltspolitisch als Einsparung erscheint, verschärft in der Praxis Belastungen, destabilisiert Unterstützungsstrukturen und erhöht mittel- bis langfristig den Unterstützungs- und Versorgungsbedarf.

Auswirkungen auf queere Infrastruktur

Besonders alarmierend ist, dass auch queere Projekte, Beratungsstellen und Unterstützungsangebote von diesen Kürzungen betroffen sind. Dabei handelt es sich nicht um verzichtbare „freiwillige Leistungen“ der Kommunen, Länder und des Bundes, sondern um zentrale Infrastruktur für Schutz, Beratung, Teilhabe und Empowerment von Menschen, die Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt erfahren. Wenn Mittel hier gekürzt oder umgesteuert werden aus systemischer Sicht damit jene präventiven und stabilisierenden Strukturen geschwächt, die Krisen abfedern und gesellschaftliche Teilhabe sichern.

Die Bundesfamilienministerin Karin Priem erklärte im Zuge von Haushaltskürzungen, dass gesellschaftliche Vielfalt für sie kein prioritäres staatliches Förderziel sei. Die Bundesregierung hat den von der Vorgängerregierung ins Leben gerufenen nationalen **Aktionsplan „Queer leben“** im Januar

2026 eingestellt. Der Plan sollte eigentlich die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bundesweit koordinieren und fördern. Da es sich um das einzige bundesweite Förderprojekt dieser Art handelte, gibt es massiven Protest. Verbände wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Lesben- und Schwulenverband (LSVD+) fordern mittels einer laufenden Online-Petition von Campact, den Aktionsplan als dauerhafte staatliche Aufgabe wiederaufzunehmen

Auch dem **Jugendnetzwerk Lambda**, dem bundesweit einzigen gemeinnützigen Jugendverband für queere Menschen wurden die Gelder zu Ende 2026 gestrichen. Das Netzwerk verliert damit existenzsichernde Mittel für seine Arbeit mit queeren Jugendlichen.

Beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“, über das viele lokale Antidiskriminierungs- und Bildungsprojekte im Queerbereich mitfinanziert werden, gibt es erhebliche Einsparungen.

Das Bundesinnenministerium plant zudem, ab 2027 die Finanzierung für die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung sowie für die **spezifische Rechtsberatung für queere und andere vulnerable Geflüchtete komplett einzustellen**.

Zudem gibt es regionale Haushaltskürzungen: Besonders drastisch zeigen sich die Sparmaßnahmen im Berliner Doppelhaushalt 2026/27: Der schwarz-rote Senat setzt dort massive Kürzungen bei queeren Bildungsprojekten sowie Initiativen zur Gewaltprävention um. Betroffene Vereine und Institutionen wie die **Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik (i_PÄD) oder die Fachstelle für Queere Bildung Queerformat** berichten vom Verlust über Jahrzehnte aufgebauter Infrastrukturen.

Nach massiven zivilgesellschaftlichen Protesten, offenen Briefen und dem Widerstand von Verbänden wurden die Pläne damals zwar teilweise revidiert oder aufgeschoben, eine langfristige finanzielle Sicherheit wurde jedoch nicht geschaffen.

Besonders prekär ist die Lage für Projekte an den Schnittstellen von Queerfeindlichkeit, Rassismus und weiterer struktureller Benachteiligung. Angebote für Queer-of-Color- und BIPoC-Communities passen häufig nicht in bestehende Förderlogiken: Für queere Programme gelten sie als „zu sehr“ auf Rassismus fokussiert, für antirassistische oder integrationspolitische Programme wiederum als „zu queer“. Werden in beiden Bereichen Mittel reduziert, sind diese Projekte besonders früh von Abbau oder Schließung bedroht. Damit verstärken Fördersysteme Ausschlüsse, statt intersektionalen Lebensrealitäten gerecht zu werden.

Psychosoziale Folgen

Queere Projekte leisten unverzichtbare psychosoziale Arbeit. Sie schaffen sichere Räume, bieten niedrigschwellige Beratung, begleiten Menschen in Krisen und stärken Selbstbestimmung, psychische Gesundheit und soziale Teilhabe. Für viele LSBTIQ* Personen sind sie die einzige erreichbare und diskriminierungssensible Unterstützung. Dies gilt in besonderer Weise für Personen, die in ländlichen Gebieten leben, junge Menschen, trans*, nicht-binäre und intergeschlechtliche Personen sowie für queere Menschen mit Rassismuserfahrungen, Behinderung, Flucht- oder Armutsbiografie. 38 % der befragten LSBTIQ* Personen berichteten von Diskriminierungserfahrungen in den vergangenen zwölf

Monaten; bei trans* weiblichen und trans* männlichen Personen lagen die Werte bei 65 % beziehungsweise 64 % (Robert Koch-Institut, 2020). Queerfeindliche Diskriminierung und Gewalt gehen zudem häufiger mit Angststörungen, Depressionen, Alkohol- und Drogenabhängigkeit sowie Suizidalität einher (Robert Koch-Institut, 2020).

Die Dringlichkeit wird zusätzlich durch die Entwicklung queerfeindlicher Gewalt unterstrichen (siehe Anschlag am 25.08.2026 auf den CSD in Berlin). Im Jahr 2025 wurden 2.377 queerfeindliche Straftaten registriert (Bundeskriminalamt, 2025; LSVD – Verband Queere Vielfalt e. V., 2025). Der gemeinsame Bericht des Meldestellenverbunds NRW für 2025 zeigt zudem, dass 43 % queerfeindlicher Vorfälle im öffentlichen Raum stattfinden und mit einem „zunehmend feindseligen Klima“ in Verbindung gebracht werden (Meldestellenverbund NRW, 2025). Der Rückbau von Schutz- und Unterstützungsstrukturen in einer solchen Lage sendet ein fatales Signal und verschärft Unsicherheit, Isolation und Exklusion.

Versorgung trans* Personen

Mit den Kürzungen im Bereich Psychotherapie verschlechtert sich zugleich die Versorgungslage für trans* Personen deutlich. Trans* Menschen sind hiervon besonders betroffen u. a. weil psychotherapeutische Begleitung häufig weiterhin Voraussetzung für den Zugang zu somatischen Behandlungen ist. Fehlende Therapieplätze haben daher weitreichende Folgen. Zugleich erschweren Fallobergrenzen den Bedarf einer langfristigen Begleitung während des Transitionsprozesses gewährleisten zu können. Der ökonomischen Druck für Psychotherapeut*innen steigt dadurch. Die Kürzungen bei queerer Infrastruktur verschärfen damit auch die ohnehin angespannte Versorgungslage für trans* Personen erheblich.

Systemische Bewertung

Aus machtkritischer und systemischer Perspektive ist zu betonen, dass soziale Kürzungen besonders diejenigen treffen, die bereits strukturell benachteiligt sind. Wenn Ressourcen knapper werden, verschärft sich der Wettbewerb um Unterstützung, und Menschen mit den geringsten Privilegien verlieren zuerst den Zugang zu notwendiger Hilfe. Schutzräume gehen verloren, psychische Belastung und Isolation nehmen zu, und der Versorgungsbedarf steigt. Einsparungen in diesen Bereichen reduzieren Probleme nicht, sondern verlagern sie und erzeugen neue soziale und gesundheitliche Folgekosten.

Forderungen der DGSF

1. Sofortiger Stopp der Kürzungen, insbesondere bei queeren Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangeboten.
2. Verlässliche, langfristige und auskömmliche Finanzierung von Projekten für strukturell benachteiligte Personengruppen, insbesondere queerer Projekte und von Angeboten an den Schnittstellen von Queerfeindlichkeit, Rassismus und Armutsbetroffenheit.

3. Anerkennung und Unterstützung queerer, intersektionaler und machtkritischer Praxis als unverzichtbaren Beitrag zu Prävention, Schutz, psychosozialer Versorgung und gesellschaftlichem Zusammenhalt.
4. Sozialpolitische Prioritätensetzung zugunsten von Menschenrechten, Teilhabe und Antidiskriminierung statt kurzfristiger Einsparlogiken; vor Kürzungsentscheidungen braucht es eine intersektional und systemisch ausgerichtete Folgenabschätzung.
5. Verbindliche Einbindung der betroffenen Träger, Initiativen und Selbstvertretungen in alle Entscheidungen, die ihre Arbeit und Existenz betreffen.

Soziale Infrastruktur ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für ein demokratisches, gerechtes und inklusives Zusammenleben. Kürzungen in diesem Bereich gefährden nicht nur einzelne Projekte, sondern die Unterstützungssysteme für Menschen, die auf sie angewiesen sind. Die DGSF solidarisiert sich mit queeren Projekten und allen Trägern, die diesen Entwicklungen entgegenreten.

Für eine solidarische, diskriminierungssensible und menschenrechtsorientierte psychosoziale Versorgungslandschaft: Keine Kürzungen zu Lasten queerer Projekte und des Sozial- und Gesundheitsbereichs.

Netzwerk Macht- und Diskriminierungskritik der DGSF

mit Unterstützung von Aufsichtsrat und Vorstand der DGSF

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e. V.,
Jakordenstraße 23, 50668 Köln, Fon: 0221-168860-0, E-Mail: info@dgsf.org, www.dgsf.org

Literaturverzeichnis

Bundeskriminalamt. (2025). Bundesweite Fallzahlen 2025: Politisch motivierte Kriminalität (Factsheet).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2026a) Kritik an Kürzungen bei queeren Flüchtlingen.

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurt-kritik-an-streichung-von-mitteln-fuer-queere-asylberatung-201133475.html> (08.09.2026).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2026b) Wen Prien mehr – und wen sie weniger fördern will,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/prien-baut-foerderung-um-welche-queeren-projekte-muessen-bangen-accg-201083372.html> (08.09.25026)

Frankfurter Rundschau (FR) (2026) Jugendministerium streicht queerem Jugendnetzwerk „Lambda“ nach 36 Jahren die Förderung. <https://www.fr.de/politik/familienministerium-streicht-lambda-nach-36-jahren-die-foerderung-94415489.html> (08.09.2026)

LSVD – Verband Queere Vielfalt e. V. (2025). Queerfeindliche Gewalt.

Meldestellenverbund NRW. (2025). Rassismus und Queerfeindlichkeit intersektional: Gemeinsamer Bericht für 2025.

Robert Koch-Institut. (2020). Journal of Health Monitoring, 5(S1). <https://doi.org/10.25646/6448>